



Asher Ben-Nathan  
15. Februar 1921. Israelischer Diplomat und Politiker.  
Als Sohn eines aus Russland stammenden Kaufmanns in Wien geboren, hier zionistischer Jugendfunktionär.  
1938 Flucht nach Palästina, Kibbuz-Sekretär, Mitglied der Untergrundarmee «Haganah». Nach dem Zweiten Weltkrieg in Wien zuständig für die Ausschleusung jüdischer Flüchtlinge aus Osteuropa nach Israel. 1948–1956 im israelischen Außenministerium, später im Verteidigungsministerium, u. a. als dessen Generaldirektor.  
1965–1969 erster israelischer Botschafter in Bonn. Später verschiedene Tätigkeiten als Diplomat, erneut im israelischen Verteidigungsministerium und in der Kommunalpolitik.

Asher Ben-Nathan  
*Botschafter des Staates Israel, Bonn*

«Lösung des Nahostkonfliktes – Realität oder Illusion?»

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!  
Zunächst einmal möchte ich Ihnen danken, dass Sie in so großer Zahl hier erschienen sind. Das beweist zweifellos Ihr Interesse für das Thema, das ich heute Abend hier behandeln will.

Ich wäre froh gewesen, Ihnen an einem so schönen Frühlingstage erfreuliche Dinge sagen zu können. Aber zehn Monate nach dem Juni-Krieg von 1967 bietet der Nahe Osten wieder sein gewohntes Bild von Zusammenstößen, von Terroraktionen, die ihren Ursprung in den arabischen Hauptstädten haben.

Aufrufe zu Gewalttätigkeiten, zu Terror, zu Sabotageaktionen sind nicht zu überhören. Militärische Vorbereitungen werden eifrig betrieben und in öffentlichen Kundgebungen noch übertriebener dargestellt. Es sieht so aus, als ob der Nahe Osten wieder zu jener Situation zurückgekehrt ist, in der er sich seit zwanzig Jahren befindet.

Es ist daher die Frage zu stellen: Was ist aus der gemäßigten Haltung des arabischen Lagers geworden, wie sie sich unmittelbar nach dem Juni-Krieg abzeichnete, als König Hussein in die Hauptstädte verschiedener Länder fuhr, als auch aus Kairo Stimmen zu hören waren, die es erscheinen ließen, als habe sich etwas geändert. Nun, diese Mäßigung verfolgte eine bestimmte Absicht. Sie sollte zu einem Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen führen, der den Rückzug – den bedingungslosen Rückzug – der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten verlangte und der Israel als Aggressor stempelte. Dies ist nicht gelungen, und damit war es auch mit der gemäßigten Haltung in den Aussagen der arabischen Führer vorbei.

Es kam auch die Zeit, da man die vielen Fabeln, die seinerzeit ausgestreut wurden, nicht mehr aufrechterhalten zu müssen glaubte. Diese Fabeln gehören schon der Vergangenheit an, aber ich glaube, es ist wichtig, sich an einige zu erinnern, denn sie sind bezeichnend für das, was geschehen, und für das, was propagiert worden ist. Zum Beispiel die Fabel, dass es vor dem Juni-Krieg israelische Truppenkonzentrationen an der syrischen Grenze gegeben habe. Dies war seinerzeit in Kairo vom sowjetischen Botschafter mitgeteilt und vom in Tel-Aviv ansässigen russischen Botschafter dem israelischen Ministerpräsidenten vorgehalten worden. Als Ministerpräsident Eshkol den Botschafter aufforderte, sich mit ihm zusammen an die Grenze zu begeben, um sich von der Unhaltbarkeit dieser Behauptung zu überzeugen, lehnte dieser natürlich ab, denn seine Leute konnten sich längst davon überzeugen, dass es dort keine israelischen Truppenansammlungen gab und damit auch keine Absicht, in Syrien einzubrechen, um das sowjetfreundliche Regime dort zu stürzen.

Vor kurzem fanden in Kairo Prozesse gegen ägyptische Staatsmänner, Politiker und Generäle statt. So auch der Prozess gegen den ehemaligen Kriegsminister Shams el Badran. Am 2. Februar dieses Jahres sagte er aus – seine Aussagen wurden von der Middle East News Agency in Kairo veröffentlicht –, dass General Mohammed Fausi – der jetzige Kriegsminister – kurze Zeit vor dem Krieg nach Syrien entsandt worden war, um festzustellen, ob die syrischen und sowjetischen Angaben auf Wahrheit beruhten, dass israelische Truppen an der syrischen Grenze konzentriert würden. Fausi teilte nach seiner Rückkehr mit, dass diese Berichte unwahr seien, und Badran fügte hinzu, es gebe keine Zweifel, dass die Sowjets sich in diesem Falle geirrt hätten, als sie die syrischen Hirngespinste übernahmen. Das ist die erste Fabel.

Die zweite Fabel ist, dass Ägypten behauptet, gar nicht mit einem Krieg gerechnet zu haben, als es die Tiran-Meeresenge schloss. Dazu muss man aber wissen, dass Israel seit 1957 deutlich erklärt, die Schließung dieser Mee-

resenge würde einen Casus belli darstellen. Und hierzu sagte der ehemalige Kriegsminister aus, Marshall Amer habe schon im Januar 1967 vorgeschlagen, die Truppen der Vereinten Nationen zum Abzug aus dem Sinai zu bewegen, da viele arabische Staaten Ägypten vorwarfen, keine aktive arabische Politik mehr zu betreiben. Aber Nasser lehnte den Plan ab. Er meinte, es sei ein gefährlicher Plan; denn die Schließung der Meeresenge von Tiran könne zum Krieg führen. Später, im Mai 1967, hat Nasser – wieder nach Aussagen von Badran – eine Sitzung einberufen und da ganz klar gesagt: Wir werden die UN-Truppen zurückziehen lassen; wir werden die Meeresenge sperren; wir wissen, dass dies mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 bis 100 Prozent Krieg bedeutet. Nach dem erzwungenen Abzug der UN-Truppen wurde auch die Meeresenge gesperrt, denn man erwartete den Besuch U Thants, des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, und man wollte ihn, noch bevor er ankam, vor ein Fait accompli stellen.

Ich könnte fortfahren und weitere Zitate aus diesen Prozessen bringen, die eindeutig beweisen: Nasser wusste genau, was er tat; seine Absichten lagen klar auf der Hand. Als er am 26. Mai sagte: Wir haben die Absicht, einen Angriff gegen Israel zu führen; unser Ziel ist die Vernichtung Israels, da hat er es nur noch klar vor aller Welt ausgesprochen. Und damit ist auch die Fabel vom unprovokierten Angriffskrieg Israels zerstört.

Eine andere Fabel ist inzwischen schon weltbekannt geworden -: Die angebliche englisch-amerikanische Intervention zugunsten Israels. Nasser hat jetzt selbst – zwar um neun Monate verspätet – in einem Interview zugegeben, das er dem amerikanischen Magazin «Look» gewährte, er habe sich geirrt, dem sei nicht so gewesen.

Und eine weitere Fabel besagte: Der Angriff der Israelis vom 5. Juni war ein Überraschungsangriff. Deshalb ist der Krieg so zu Ungunsten der arabischen Staaten ausgefallen. Am 23. November sagte Nasser hingegen vor der ägyptischen Nationalversammlung: Der Schlag war keine Überraschung; es wäre möglich gewesen, ihm entgegenzutreten.

Mit den alten Fabeln ist es vorbei, jetzt gibt es neue Fabeln für den Hausgebrauch. So jene zum Beispiel: Wir sind jetzt wieder so stark, wie wir es früher einmal waren; wir könnten wiederum mit Hilfe von Gewalt eine Rückkehr zur Situation vor dem Krieg erzwingen; oder: Unseren Vorfahren ist es nach 80 Jahren gelungen, die Kreuzfahrer zu vertreiben. Auch uns wird dies eines Tages möglich sein, die Israelis fortzujagen. Als ob wir im selben Jahrhundert lebten!

Die Behauptungen vom bewaffneten Widerstand in den besetzten Gebieten gehören auch in das Reich der Legenden. Die Tatsache ist indes, dass die Bewohner in diesen von Israel verwalteten Gebieten in völliger Ruhe und Ordnung leben und Saboteure und Terroristen dort keinen Stützpunkt finden. Aber diese Legende braucht man, um erstens einmal die öffentliche Meinung in den arabischen Ländern zu beeinflussen, und zweitens, um sich Mut zu machen. Nun wird behauptet: Es gebe doch eine gemäßigtere Haltung im arabischen Lager; erwähnt wird das Beispiel der arabischen Gipfelkonferenz von Khartoum, die einen Beschluss gefasst hat, entgegen den Wünschen so genannter radikaler Elemente Syriens und Algeriens, die einem revolutionären Volkskrieg das Wort geredet haben. Aber wie sehen die «gemäßigten» Beschlüsse aus?

Sie besagen: Keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel, kein Friede mit Israel! Die Mäßigung hat sich vielleicht in einem anderen Punkt ausgedrückt, und zwar in der Wiederöffnung der Ölausfuhr in die westlichen Länder. Aber zu dieser Entdeckung kam man, weil die Einstellung der Öllieferungen sich als Bumerang erwies. Sie fügte den arabischen Ländern mehr Schaden zu als jenen Staaten, die Öl kaufen müssen. Der Beschluss besagte einerseits, man sollte versuchen eine politische Lösung im Nahen Osten herbeizuführen. Eine politische Lösung bedeutet aber leider in diesem Zusammenhang nur eines: auf politischem Wege zu erreichen, dass die israelischen Streitkräfte sich aus den verwalteten Gebieten zurückziehen. Damit ist alles gesagt. Keine Konzessionen, in keiner Form, in keiner Hinsicht, besonders nicht solche, die von den Arabern ausgesprochen werden müssten.

Zugeständnisse sollten von dritter Seite gemacht werden; dann könnte man jederzeit erklären, man habe das selbst nie gesagt und habe nie irgendwelche Verpflichtungen auf sich genommen.

Ich glaube, es gibt manche Begriffe, die man definieren muss, um genau zu verstehen, um was es geht. Einer dieser Begriffe ist das Wort: «Aggression». Aggression wird heute in den arabischen Staaten wieder so verstanden, wie es immer verstanden worden ist, nämlich, dass die Tatsache der Existenz Israels selbst eine Aggression ist. Wie sagte Nasser am 28. Mai 1967? Eine ägyptische Radiostation wiederholt es noch am 17. März 1968. «Das wahre Problem ist die Existenz Israels in Palästina; solange es eine zionistische Existenz gibt, und sei es in kleinstem Maßstab, bedeutet sie die Fortsetzung der Eroberung; das Wichtigste ist die Vernichtung der israelischen Eroberung, ohne zu unterscheiden zwischen Territorien, die letztlich oder früher erobert worden sind.»

Die Lösung des Palästina-Problems heißt: Auflösung des Staates Israel, während Anerkennung Israels nach derselben Logik heißen würde: Liquidation des Palästina-Problems. Nach langen Beratungen ist es dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im November 1967 gelungen, einen einstimmigen Beschluss, der eine Regelung im Nahen Osten herbeiführen sollte, anzunehmen. Einstimmige Beschlüsse des Sicherheitsrates sind ja eine Seltenheit. Diese Resolution enthält folgende Punkte: Rücknahme der israelischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten. Beendigung aller Erklärungen und Bezugnahmen auf den Kriegszustand. Sie bekräftigt das Recht jedes Staates, innerhalb gesicherter und anerkannter Grenzen in Frieden, frei von Bedrohung und Gewalttaten, zu leben. Sie bestätigt die Notwendigkeit der Freiheit der Schifffahrt für alle, einer gerechten Lösung des Flüchtlingsproblems und die territoriale Unantastbarkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates. Es wurde ein Sonderbeauftragter ernannt, der Kontakt mit den arabischen Staaten und Israel aufnehmen sollte, um diese Beschlüsse in die Wirklichkeit umzusetzen.

Israel hat diesen Vorschlägen zugestimmt. Die arabischen Länder versuchten sofort aus diesen Beschlüssen das für sich herauszuholen, was ihnen gefiel, und alles andere zu missachten. Die positiven Elemente in dieser Resolution für die Araber sind Rückzug der israelischen Truppen und Lösung der Flüchtlingsfrage. Allerdings ist man auch damit noch nicht ganz zufrieden, denn es ist nicht gesagt worden, was man eigentlich hätte hören wollen: Lösung des Flüchtlingsproblems bedeute die Rückkehr aller Flüchtlinge in jene Orte, in denen sie einmal gelebt haben, einschließlich derer innerhalb der Grenzen Israels.

Die arabische Taktik ist ganz eindeutig, und sie wurde auch ganz klar ausgesprochen: Man muss in den politischen Verhandlungen so viel Zeit gewinnen, dass man wieder zu militärischen Aktionen bereit sein würde. Der Chefredakteur von «Al Ahram», ein Mann, der immer schon Nassers Meinung klar ausgesprochen hat, sagte: Jarrings Mission ist zum Scheitern bestimmt; aber es ist kein Zeitverlust, aus drei Gründen: Erstens müssen wir die Welt davon überzeugen, dass wir Frieden wollen, zweitens brauchen wir Zeit, um militärische Vorbereitungen zu treffen, drittens, die Nahost-Situation muss auf dem Siedepunkt gehalten werden. So «Al Ahram» am 15. Dezember 1967. Ähnliches findet man auch in jordanischen Zeitungen. Es gibt allerdings einen klaren Widerspruch zu dem, was Kairo sagt: Einerseits wird behauptet, der Beschluss des Sicherheitsrates in der Form, in der er gefasst worden ist, ist nicht geeignet, das Nahostproblem zu lösen. Und andererseits sagt man: Solange Israel sich nicht verpflichtet, die Beschlüsse des Sicherheitsrates zu erfüllen, sind wir nicht bereit, Vertreter zu irgendwelchen Verhandlungen zu schicken oder auch nur über Botschafter Jarrings mit den Israelis zu sprechen. Die Absicht ist völlig klar; sie liegt auf der Hand. Könnte man den Rückzug der israelischen Truppen ohne irgendwelche Gegenleistung erzwingen, dann würde alles andere offen bleiben; dann würde man sagen: Der Suezkanal bleibt geschlossen, solange nicht alle palästinensischen Flüchtlinge dorthin zurückkehren, wohin wir sie zurückkehren lassen wollen. Es wird immer irgendwelche Beschwerden geben, die es möglich machen

werden zu erklären, dass die unbequemen Bedingungen des Sicherheitsrats-Beschlusses nicht durchführbar seien. Nach dem Rückzuge der israelischen Truppen aber wäre sehr schnell jene Situation wieder hergestellt, wie wir sie vor dem 5. Juni gekannt haben. Jene Situation des so genannten Waffenstillstandes, in dem eine Seite sich im Kriegszustand zu befinden behauptet, in einem Kriegszustand, der ihr erlaubt, Wasserwege zu schließen, Boykott gegen Israel zu treiben, Sabotageaktionen zu unterstützen, zu fördern Aufrufe zu erlassen, und die Vernichtung Israels zu fordern. Die Situation, in der man sich das Recht zuerkennt, alle Vorbereitungen zu treffen, um – wenn man so weit ist – wieder zu versuchen, den Endsieg oder das Endziel zu erreichen: nämlich Israel zu vernichten.

Israel hat seinerseits erklärt: Wir bestehen auf Verhandlungen mit den Arabern. Wir haben gesagt: Diese Verhandlungen können an einem neutralen Ort geführt werden; sie können unter dem Vorsitz des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen vor sich gehen. Trotzdem gab es nichts, das von arabischer Seite nicht ausgenutzt wurde, um zu sagen: Israel will eigentlich gar nicht verhandeln; Israel will ein Fait accompli schaffen! Ich weiß nicht, ob Ihnen die Einzelheiten bekannt sind, dass vor kurzer Zeit das israelische Innenministerium die Aufgabe der Bezeichnung der verwalteten Gebiete als «Feindgebiet» angeordnet hat. Dies wurde sofort ausgelegt als Bestätigung der Tatsache, dass Israel die Gebiete schon annektiert habe und deshalb über gar nichts mehr zu verhandeln bereit sei.

Diese Anordnung des Innenministeriums hatte in Wahrheit nicht die geringste politische Bedeutung. Sie hat eine gewisse verwaltungsmäßige Anomalität beseitigt, in einer Zeit, in der es freien Verkehr zwischen Israel und den von Israel verwalteten Gebieten gibt. Zum ersten Mal können Araber, die in Israel leben, ihre Verwandten im Gaza-Streifen und im ehemaligen Westjordanien besuchen, und Bewohner dieser Landesteile können Israel besuchen. Bisher war das «Feindgebiet»; um den freien Verkehr zu gewährleisten, musste man diese Bezeichnung und die damit verbundenen Anordnungen aufheben. Das besagt aber nicht, dass diese Gebiete ein integraler Bestandteil des Staates Israel geworden sind.

Man fragt uns oft, warum Israel auf direkten Verhandlungen bestehe. Warum nicht versuchen, durch einen Dritten zu verhandeln? Ich glaube, die Frage an sich ist sonderbar. Als ob Verhandlungen etwas Ehrenrühriges wären, als ob sie nicht üblicher internationaler Brauch wären, als ob Verhandlungen nicht der Konzeption von Souveränität entsprächen. Wir wissen aber, warum man nicht mit uns verhandeln will: Verhandlung würde Anerkennung bedeuten. Man kann behaupten: Auch wenn ihr verhandelt und Frieden schließt, wer garantiert euch, dass nicht morgen wieder Krieg ausbricht? Friede würde bedeuten, dass, wenn die Tore sich öffneten, dann gegenseitige Kontakte zwischen den Ländern entstehen.

Die psychologische und die politische Situation würde sich grundsätzlich ändern. Israel würde für die arabischen Länder ein Faktum geworden sein, mit allem, was sich daraus ergibt. Gerade das lehnt Nasser, der noch immer als der Führer der arabischen Welt anzusehen ist, ab. Er zieht es vor, allgemeine Aussagen an Dritte zu machen, anstatt zu einer klaren Abmachung mit Israel zu kommen. Wir wissen, was die Vergangenheit mit sich gebracht hat, als es dergleichen allgemeine Aussagen gab, die dann immer wieder zurückgenommen werden konnten. 1956 gab es eine Erklärung Nassers, die besagte: Der Suezkanal wird für alle Staaten offen sein. Etwas später fügte er hinzu: außer für Israel. Dasselbe geschah mit der Meeresenge von Tiran 1950. Als Ägypten von Saudi-Arabien die zwei Inseln, die sich in der Mitte der Meeresenge von Tiran befinden, übernahm, gab es eine Erklärung, die für die amerikanische Regierung bestimmt war, die besagte: Die Wasserstraße wird für alle offen bleiben.

Einige Monate später wurde erklärt: Für alle, außer für Israel. 1957 gab es den Beschluss, UN-Truppen in den Gaza-Streifen zu schicken. Die Öffnung der Meeresenge von Tiran wurde für Israel garantiert. Nasser setzte sich 1967 mit einer Handbewegung darüber hinweg. Deshalb fordern wir Abmachungen, die klar ausgesprochen, klar beschlossen, die von den Arabern als Ver-

pflichtung, sowohl Israel als auch den Vereinten Nationen gegenüber, anerkannt werden.

Man glaubt in manchen arabischen Hauptstädten, dass man durch Terroraktionen und durch Sabotage Israel dazu bringen könnte, dass es seine Politik ändert. Aber wo geschehen denn diese Sabotageakte? Zuerst einmal nicht in den von Israel verwalteten Gebieten; denn die Bevölkerung dieser Gebiete ist, wie jedermann feststellen kann, nicht bereit, mit den Terrororganisationen zusammenzuarbeiten. Zweitens, sie geschehen nicht an der syrischen Grenze. Syrien, das eines der Länder ist, die seit eh und je diese Organisationen durch Geld, mit Waffen und Ausbildung unterstützt, lässt heute keine Sabotageakte über seine unmittelbare Grenze mit Israel zu. Es lässt sie nicht zu, weil es die Reaktionen der dort stationierten israelischen Armee fürchtet. Denn das würde Angriffe gegen Armeeposten bedeuten. Die Sabotagetätigkeit ist gegen zivile Ziele gerichtet; vor allem durch Minenlegen, die das Leben der Bewohner von landwirtschaftlichen Siedlungen an der Grenze bedroht. Sie findet von jenem Land aus statt, bei dem es die anderen arabischen Länder gar nicht stört, wenn es in Bedrängnis kommen sollte, nämlich von Jordanien aus. In Jordanien hat sich eine Enklave dieser Organisationen gebildet, die dort frei und ungestört ihre Vorbereitungen treffen kann. Die Saboteure dringen über den Jordan in israelisches Gebiet ein, manchmal unter dem Feuerschutz regulärer jordanischer Truppen. Und dies, so glaubt man, könnte das Mittel sein, Israel klein zu kriegen. Sie wissen, was vor einigen Tagen geschehen ist. Es ist interessant, dass die Reaktion auf die israelische Aktion gegen Karameh völlig verschieden war von jener, die den Geschehnissen des 15. Februar gefolgt ist. Am 15. Februar haben die israelische Artillerie und die Luftwaffe Stützpunkte der Terroristen in Jordanien angegriffen.

Diesmal kam es zu einer militärischen Aktion mit dem klaren Ziel, das Zentrum dieser Enklave auszuheben. Man wollte keine Luftangriffe durchführen, um die Zivilbevölkerung zu schonen. Es gab Anweisungen, auf keinen Fall Stellungen der regulären jordanischen Armee anzugreifen, sondern sich nur zu verteidigen, wenn man angegriffen wird. Die Beschränkungen, die wir uns damit selbst auferlegt hatten, drücken sich leider in der Anzahl unserer eigenen Opfer aus.

Wie Sie wissen, hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen uns für diese Aktion verurteilt. Er hat zwar alle Verletzungen des Waffenstillstandes verurteilt; aber die Terroraktionen – sie scheinen etwas Unantastbares zu sein – wurden in der Resolution nicht erwähnt. Die militärische Aktion Israels wurde eindeutig verurteilt, weil man behauptete, sie stehe in keinem Zusammenhang zu dem, was früher geschehen sei. Als ob man diese Dinge auf eine Waage legen und gegeneinander aufwiegen könnte. Aber die Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen entsprechen eben den politischen Realitäten oder Interessen der Mitglieder des UN-Sicherheitsrates selbst. In diesem gibt es heute sieben Mitglieder, die mit Israel keinerlei Beziehungen haben. Die Sowjetunion hat sich nie gescheut, ihr Vetorecht anzuwenden, auch wenn es sich um einen eindeutigen Verstoß gegen den Waffenstillstand gehandelt hat.

In diesem Rat gibt es auch ein Land – nämlich Algerien –, das sich mit Israel im Kriegszustand befindet. Da wird wahrlich der Bock zum Gärtner gemacht.

Die israelische Regierung ist eben für das Leben ihrer Bürger verantwortlich, und diese Verantwortung kann ihr niemand absprechen, auch nicht der Sicherheitsrat. Wenn die Araber in 19 oder 20 Jahren nicht verstanden haben, dass Terror-Aktionen zu nichts führen außer zu neuen Katastrophen, dann werden sie es vielleicht auch jetzt nicht verstehen. Was tat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Mai 1967? Nachdem die Meeresenge von Tiran geschlossen war, wurde eine Sicherheitsratssitzung einberufen, auf der der sowjetische Vertreter, Federenko, sagte, er verstehe gar nicht, was der Notstand sei, der eine Einberufung des Sicherheitsrates erforderlich gemacht habe. Noch am 5. Juni 1967, nach Ausbruch der Feindseligkeiten, als er glaubte, die Entwicklung im Nahen Osten nehme einen ihm sympathischen

Verlauf – auch die Freunde der Araber waren den Falschmeldungen der ersten Stunden zum Opfer gefallen –, sah er nicht die Notwendigkeit zum Beschluss des Sicherheitsrates. Erst am 6. Juni fand Federenko seine Sprache wieder und damit auch Worte der Beschuldigung gegen Israel. So viel zum Thema Sicherheitsrat.

Ich will nicht den Eindruck erwecken, dass man in Israel jeden Tag Minen inmitten des Landes findet. Wären Sie da, so würden Sie wahrscheinlich nur den Zeitungen etwas über Sabotageakte entnehmen können. Denn diese werden meist unmittelbar an den Grenzen durchgeführt. Aber wenn es jeden Tag einen oder zwei Tote gibt, wenn Schulbusse auf Minen stoßen, dann könnten wir nichts anderes tun, als rechtzeitig zu versuchen Ärgeres zu verhüten. Die Operation gegen Karameh hat ihr Ziel erreicht: Die Pläne, die wir dort gefunden haben, haben uns bewiesen, was wir früher schon befürchteten, dass größere Sabotage-Aktionen gegen Israel geplant waren. Wir werden auch in Zukunft diese zu verhindern wissen.

Wir leben im Nahen Osten nicht in einem Hohlraum. Es ist nicht nur das, was sich zwischen uns und den Arabern abspielt, was das Schicksal dieses Raumes bestimmt, sondern viel hängt auch von der Politik der Großmächte ab, und vieles, was in diesem Raum geschieht, ist eine Reaktion auf die Politik der Großmächte. Vieles hat sich im Nahen Osten in den letzten Jahren geändert. Großbritannien hat diesen Raum verlassen. Die entscheidenden Interessen, den entscheidenden Einfluss hat heute die Sowjetunion. Heute ist es die Sowjetunion, die imperialistische Interessen im Nahen Osten verfolgt. Eine Politik, die bedingt, dass man den Arabern in allem zustimmt, dass man Waffenlieferungen an sie fortsetzt, dass man, wenn man vielleicht auch den Krieg im Nahen Osten nicht will, ihn jedoch möglich macht. Die Entwicklung der Ereignisse im Nahen Osten ist ja nie vorauszusehen. Es gibt so viele irrationale Möglichkeiten, die den Verlauf der Ereignisse bestimmen, die von niemandem im letzten Augenblick abgewendet werden können, wie die Ereignisse im Mai/Juni 67 bewiesen haben. Der Standpunkt, den die Vereinigten Staaten bezogen haben, und wie er auch von Präsident Johnson formuliert wurde, besagte: Keine Rückkehr zu der Situation, wie sie vorher bestanden hat; es muss eine neue Basis im Nahen Osten geschaffen werden; eine Basis des Friedens statt der eines Waffenstillstandes. Ein Standpunkt, der von vielen anderen Staaten geteilt wird. Zur gleichen Zeit wurde uns gesagt: *keep the options open!* Verschließt euch Alternativen nicht. Schafft nicht heute schon vollendete Tatsachen. Dies haben wir auch nicht getan. Es gibt in Israel verschiedene Ansichten darüber, wie die Grenzen des Landes eines Tages aussehen sollen. Wir sind ein demokratischer Staat; bei uns darf jeder sagen, was er will; sogar ein Minister. Aber damit verpflichtet er die Regierung nicht. Nur was die Regierung beschließt, das verpflichtet. Und es ist kein Beschluss gefasst worden, keine Aussage gemacht worden, die sagt: So und so müssten die Grenzen verlaufen. Wir haben alle Möglichkeiten offen gelassen. Mit einer Ausnahme, und das ist Jerusalem. Wir haben gesagt: Jerusalem bleibt eine ungeteilte Stadt. In Jerusalem selbst soll es nie mehr wieder Stacheldrähte, nie mehr wieder Mauern, nie mehr wieder Krieg geben! Jerusalem ist eine offene Stadt in dem Sinne, dass alle jene, die heilige Stätten in dieser Stadt haben, freien Zugang zu ihnen haben sollen, dass eine autonome Verwaltung dieser Stätten jeder Religion gewährt sein müsste. Aber nie wieder soll es eine Grenze inmitten dieser Stadt geben.

Es gibt allerdings auch schon einige, wenn auch noch vereinzelte Stimmen der Vernunft, die in arabischen Ländern zu vernehmen sind. Ich will nur eine kurz erwähnen, die klar ausspricht, was vielleicht viele denken.

Cecil Hourani schrieb in der Zeitung «El Nahar» in Beirut einen Artikel, der in der amerikanischen Zeitschrift «Commentary» in der November-Nummer von 1967 nachgedruckt wurde. Er sagt da unter anderem Folgendes:

«Das arabische Ziel, hätten wir es klar und besonnen bedacht, hätte sein müssen, Israel hinter den Grenzen zu halten, die zwei verlorene Kriege geschaffen haben. Dass wir unfähig waren, zwischen Zurückhaltung Israels und Eroberung klar zu unterscheiden, muss vor allem den psychologischen Schwächen in uns selbst zugeschrieben werden. Was uns nicht gefällt, von

dem geben wir vor, dass es nicht existiert.»

Er nennt die Unfähigkeit zu unterscheiden zwischen dem, was man als Ideal anstrebt, und dem, was zu erreichen man tatsächlich fähig ist.

«Eine andere Folge unserer Abneigung war, als Realitäten hinzunehmen, was uns nicht passt, und die Folgerung ist, dass, wenn die Realität auf uns zukommt, es immer schon zu spät ist. Nach jeder Niederlage bedauern wir, dass wir nicht eine Situation akzeptiert haben, die nicht mehr existiert. 1948 haben wir es bedauert, dass wir dem Teilungsplan der UNO von 1947 nicht zugestimmt haben. Im Mai 1967 versuchten wir, zu der Situation von 1957 zurückzukehren. Heute würden wir glücklich sein und verlangen sogar von den Vereinten Nationen, wieder zu der Situation zurückzukehren, wie sie vor dem 5. Juni 1967 bestanden hat.

Die größte Niederlage haben wir nicht auf dem Schlachtfeld erlitten oder in der Propaganda und in der öffentlichen Meinung. Die größte Niederlage ist die, die von den arabischen Regierungen ihren eigenen Völkern zugefügt worden ist: Unzählige Menschenleben wurden sinnlos geopfert; es gab einen neuen Flüchtlingsstrom; es entstanden wirtschaftliche Verluste und unbeschreibliches Elend, eine neue Verzweiflung und eine neue Erniedrigung.»

Soweit ein arabischer Intellektueller. – Was die Araber erkennen müssen, ist, dass ihr Unglück nicht Israel ist, nicht jener kleine Teil des Nahen Ostens, in dem Israel lebt, dass das Unglück die Unterentwicklung ist, die Armut, die Krankheit, die sozialen Problemen, die Tatsache, dass ihre Anführer unter sich uneinig sind, und eben auch die politischen Aspirationen der Großmächte.

Was wir verlangen, ist, dass kein Land das Recht haben darf, Krieg zu führen, nicht die arabischen Staaten und auch wir nicht.

Was wir nicht zusammen mit den arabischen Staaten tun können, müssen wir versuchen im Augenblick ohne sie zu tun, und zwar in jenen Gebieten, die von Israel verwaltet werden. Die Verwaltung ist in diesen Gebieten eine Selbstverwaltung. Es regieren dieselben Bürgermeister, die vor dem Krieg im Amt waren; es ist also dieselbe Zivilverwaltung. In den verwalteten Gebieten arbeiten nur insgesamt 200 Beamte der israelischen Militärregierung; hingegen 8000 arabische Beamte. Die Grenzen zwischen Jordanien und Israel sind seit Juni offen. Zwei Tage nach dem letzten Zusammenstoß ging der Grenzverkehr über den Jordan wieder vor sich wie vorher. Über 60 000 Tonnen landwirtschaftlicher Produkte sind seither bis heute nach Ost-Jordanien befördert worden. Dies geschieht mit kleinen Fahrzeugen – und dann können Sie sich eine Vorstellung machen von dem Verkehr, den es jetzt über den Jordan gibt. Straßen werden in diesen Landesteilen gebaut. Arbeit wird für die Arbeitslosen beschafft. Das israelische Landwirtschaftsministerium versucht den Bauern zu helfen, das anzubauen, was größere Erträge einbringt. Das Wichtigste ist, dass die Araber sich davon überzeugen, dass ihr Bild von Israel oder das Bild, das ihnen eingeprägt worden ist, in so vielen Jahren, ein völlig falsches war. Die Hoffnung ist, dass sich hier eine neue Form und eine neue Möglichkeit des Nebeneinanderlebens herauskristallisiert, das vielleicht dann auch anderenorts seine Wirkung haben wird. Die Annahme in den meisten arabischen Hauptstädten, dass wir dieses Gebiet auf lange Sicht überhaupt nicht halten können, ist völlig irrig. Die zusätzliche Belastung für Israel, sei es die militärische oder die wirtschaftliche, ist durchaus tragbar. Heute, da das Gebiet Israels zusammen mit dem verwalteten Gebiet viermal so groß ist wie vor dem 5. Juni 1967, sind die Grenzen um 30 Prozent kürzer geworden und damit die Last zu bewachen entsprechend kleiner. Ich glaube, dass auch dies etwas aussagt.

Das Ziel der Politik Israels ist es, einen stabilen und dauerhaften Frieden zu erreichen. Aber vielleicht braucht es dazu noch lange Zeit. Die Voraussetzung dafür, glaube ich, ist jenes qualvolle Umdenken, das in den arabischen Ländern notwendig ist, das sie dazu bringen muss zu unterscheiden zwischen ihren Wunschvorstellungen und den Realitäten. Denn nur dann wird der Frieden eine Realität werden und keine Illusion bleiben.

Aber was dieser Frieden bringen könnte an Entwicklung – an sozialer, an wirtschaftlicher Entwicklung – im Nahen Osten zum gemeinsamen Wohle aller dort lebenden Völker, könnte alle noch ausstehenden Fragen zwischen ■

Israel und den arabischen Ländern lösen.